

## Fakten und Argumente

**Die Aktion ins Rollen gebracht. Start: Konrad-Adenauer-Haus. Ziel: Siegestäule. Wer einen der neuen CDU-Scooter hat, macht mit. Auch dabei: Generalsekretär Ruprecht Polenz. Die Forderung auf den weißen T-Shirts: „Weg mit dieser ÖK.O.-Steuer!“**

Foto: Yvonne Herrmann



## Schröder wird niemanden länger täuschen können

- Heizöl mehr als doppelt so teuer wie im letzten Jahr
- die Erdgaspreise steigen
- Benzin kostet seit Einführung der ersten Stufe Öko-steuer 50 Pfennig mehr ■ der Euro auf Talfahrt.

Trotzdem findet Schröder: Die schwache Europa-Währung macht ihm keine

Sorge. Er wird sich bald Sorgen machen müssen, wenn ihm keiner glaubt, dass die OPEC an den Erdölpreisen schuld ist. Schwacher Euro – das heißt Inflation und noch einmal: höhere Erdölpreise. Die Leute werden sich nicht länger von ihm täuschen lassen. (Seite 2–5)

UID

### INHALT

#### ÖKOSTEUER

Angela Merkel und  
Ruprecht Polenz  
starten Kampagne  
SEITE 2–3

#### BUNDESHAUSHALT

Dietrich Austermann:  
Weniger Umverteilung –  
mehr strukturelle  
Innovation  
SEITE 7–9

#### DOKUMENTATION

Bilanz rot-grüner  
Forschungspolitik

## Machen Sie mit!

Als Aktionsmittel bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Aufkleber sowie zwei Flugblätter an. Der Aufkleber steht zum Abruf mit dem beigefügten Bestellformular im IS Versandzentrum Vermold bereit. Die Flugblätter stehen im Infonet zur Verfügung.

Wir werden die Aktion „Weg mit dieser ÖK.O.-Steuer“ auch im Internet begleiten. Auf unserer Homepage bieten wir die Möglichkeit, sich über die ÖK.O.-Steuer und ihre Auswirkungen zu informieren und den Aktionsbutton mit unserer politischen Forderung per E-Mail zu versenden. Diese Aktion können Sie aus dem Infonet auch auf Ihrer Homepage einstellen.

Für die politische Wirkung unserer Aktion kommt es jetzt darauf an, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, ihre

Verärgerung und ihren Unmut auch politisch zu artikulieren. Dafür gibt es eine Reihe von Aktionsmöglichkeiten., z. B.:

■ Sprechen Sie Speditionen, Bus- und Taxi-Unternehmen, die Landwirtschaft direkt oder über ihre Verbände an, vereinbaren Sie Vor-Ort-Besuche oder Gesprächstermine, unterstützen Sie deren Aktionen – sofern dabei Recht und Gesetz beachtet werden.

■ Sprechen Sie Mietervereine sowie Haus- und Grundbesitzer-Organisationen in Ihrer Region an und thematisieren Sie die horrend gestiegenen Heizölkosten (zweite Miete).

■ Sprechen Sie die ÖPNV-Unternehmen an, Familienverbände, Schulen und Kindergärten. Starten Sie eine Aufklärungsaktion über die Gründe für steigende Bus- und Bahnpreise.

■ Sprechen Sie mit Betriebsräten und Gewerk-

### „Union in Europa“

*In dieser Ausgabe finden Sie zum ersten Mal einen Sonderteil, der künftig regelmäßig alle zwei Wochen erscheinen wird: „Union in Europa“. Im Vordergrund der Berichterstattung steht die Arbeit der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und damit der Beitrag, den die 53 Mitglieder der Gruppe für das immer mehr unsere Lebenswirklichkeit bestimmende Europa leisten.*

schaften und machen Sie klar, warum die ÖK.O.-Steuer Arbeitsplätze kostet.

■ Stellen Sie die ÖK.O.-Steuer in den Mittelpunkt Ihrer Straßenaktionen und Veranstaltungen in den kommenden Wochen. Unabhängig davon, ob Menschen sich zur CDU bekennen, oder nicht.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Pottfittich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL UND RUPRECHT POLENZ:

# Von wegen „keine richtige Steuer“ – den Löwenanteil kassiert Eichel

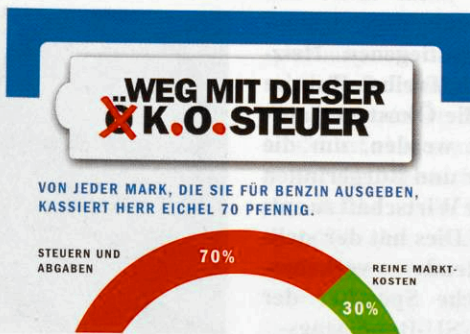
Mehr daneben kann eine Regierung eigentlich nicht liegen: mit einem ungebremsten Preisanstieg, den kein Nachfragesog, sondern den sie selber verursacht hat.

Auf ihrer Sitzung am 11. September haben Präsidium und Bundesvorstand die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert: die Öko-Steuer stoppen!

Die Parteivorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Ruprecht Polenz auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung: „Wir bereiten unsere Mitglieder und Aktiven in den Orts- und Kreisverbänden auf eine Kampagne vor, die es der Regierung sehr schwer machen wird, unserer Forderung aus dem Weg zu gehen.“

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Rot und Grün auf eine ökologische Steuerreform festgelegt, bei der die konjunkturelle Lage und die Preisentwicklung auf den Energiemärkten berücksichtigt werden muss.

Von einer solchen Rücksichtnahme ist bei Rot-Grün jetzt keine Rede mehr:



Von jeder Mark, die sie für Sprit ausgeben, kassiert Eichel 70 Pfennig. Aber Klimmt sagt: „Ökosteuern – das ist gar keine richtige Steuer.“

- Rund 40 Milliarden Mark kosten Benzin und Heizöl in diesem Jahr bereits mehr als noch vor einem Jahr.
- Rund 25 Milliarden Mark Nachfrageausfall sind allein in den ersten sechs Monaten die Folge gestiegener Importkosten und wirken als Konjunkturbremse.
- Wenn im Januar die dritte Stufe Ökosteuern wirksam wird, wird Sprit um weitere 7 Pfennig teurer, 2002 um 14, 2003 um 21.

Angela Merkel: „Ich frage mich: Für wen macht Schröder Politik? Die Bürgerinnen und Bürger können ihr Geld nur einmal ausgeben. Hohe Energiekosten belasten die Familienbudgets.“

Auf dem Aufkleber der CDU-Kampagne, der gerade 25.000 mal (Startauflage) gedruckt wird, ist das „Ö“ in „ÖKO“ ausgestrichen. Es bleibt: K.O.

- für die Familien,
- für Pendler,
- für das Transportgewerbe,
- für Arbeitsplätze und
- für die Umwelt.

Generalsekretär Ruprecht Polenz: „Die CDU ist an der Seite derer, die sich gegen die rot-grüne Steuer-Willkür zur Wehr setzen. Wir haben bereits 1998 vor den Konsequenzen rot-grüner K.O.-Politik gewarnt. Jetzt wird es ernst.“

*Die Materialien für die Kampagne: Seite 22/23.*

## Die **Preistreiberei** bei Benzin und Heizöl muss beendet werden

**Aufgrund der dramatisch gestiegenen Heizöl und Treibstoffpreise muss die Ökosteuer ausgesetzt werden, um die Bürger und Bürgerinnen und die Wirtschaft zu entlasten. Dies hat der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Brunnhuber, im Einvernehmen mit der baden-württembergischen Landesregierung gefordert.**

Die Heizöl- und Treibstoffpreise sind weiter auf einem Rekordhoch. Doch die Bundesregierung verharrt in Tatenlosigkeit und will unbeirrt an der weiteren Stufe zur Erhöhung der sogenannten "Ökosteuer" festhalten. Mit dieser Politik gefährdet die Bundesregierung wissentlich die Existenz vieler vornehmlich mittelständisch strukturierter Transportunternehmen. Und auch die Bürgerinnen und Bürger werden mit dieser unverantwortlichen Preistreiberei bis über die Schmerzgrenze hinaus abgezockt. Die Zustände in Frankreich zeigen, dass die



Schuld an den hohen Preisen nicht allein der OPEC angelastet werden kann. Auch die Politik ist gefordert, die Verbraucher und Wirtschaftsunternehmen mit ihren Sorgen nicht allein im Regen stehen zu lassen. Es kann nicht sein, das beim "Haushaltlöcherstopfen" von Minister Eichel durch die Ökosteuer Transportunternehmen in den Ruin getrieben werden.

### Hilfe für Erwin Teufel

Mit dieser wirtschaftsfeindlichen Politik muss baldmöglichst Schluss gemacht werden. Ich unterstütze die von Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Erwin Teufel geplante

Initiative zu einem Gesetzentwurf zur Rücknahme der Ökosteuer voll und ganz. Auch die CDU/CSU-Bundestagesfraktion wird ihre Ablehnung gegenüber der sogenannten "Ökosteuer" weiter vehement vertreten und für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaftsunternehmen kämpfen! Ich fordere die Bundesregierung auf, ihre verfehlte Politik in punkto Ökosteuer zu korrigieren!

**AUTOFahrER  
WIRLICH  
ENTLASTEN**

**Zum Vorschlag des Bundesverkehrsministers zur Senkung der Kfz-Steuer erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:**

Der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Klimmt, zur Entlastung der Autofahrer die Kfz-Steuer zu senken, ist nicht mehr als ein taktisches Spielchen und eine vor-schnell verabreichte Beruhigungspille. Wenn Klimmt es ernst meinte, müsste er

gleichzeitig sagen, wie der Ausgleich für die Länder - in deren Kassen die Kfz-Steuer geht - aussehen soll. So aber sind endlose Diskussionen mit den Bundesländern vorprogrammiert.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort und in seriöser Weise zur Entlastung der Autofahrer aktiv zu werden. Das heißt: Reduktion der Ökosteuer und Aussetzung der nächsten Stufe. Das würde im übrigen auch die anderen von der Ökosteuer abhängigen Verkehrsträger entlasten - zum Beispiel den Güterkraftverkehr und die Bahn. Die Senkung muss auf jeden Fall so weit gehen, dass sie die geplante zusätzliche Belastung der Autofahrer durch die an sich sinnvolle Schwefelsteuer kompensiert.

## ÖKOSTEUER STREICHEN

**In den letzten beiden Wochen waren wieder neue Benzinpreisrunden zu verzeichnen. Die kletternden Treibstoffkosten machen es Pendlern immer schwerer, zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen.**

In einem Flächenland wie Niedersachsen ist das Auto ein unverzichtbares Mittel, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Gerade den geringverdienenden Arbeitnehmern

wird dieses unmöglich gemacht. Der Staat muss jetzt eingreifen und die von ihm zu beeinflussenden Kostensteigerungen zurücknehmen. Deshalb hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen Konrad Fromme, der auch Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages ist, gefordert: Entweder muss die Ökosteuer abgeschafft oder die Kilometerpauschale erhöht werden.

## Heizölpreise verdoppelt

Neben den steigenden Preisen für das Benzin wird auch der Strom im Herbst teurer werden. Dies haben die Energieversorgungsunternehmen angekündigt. Auch die Heizölpreise sind fast doppelt so hoch wie vor einem Jahr. Die Bürger befinden sich im Würgegriff der Energiekosten.

## ES REICHT, HERR SCHRÖDER

**Nach ihrer erfolgreichen Rentenkampagne, mit der CDA und Sozialverbände über 1,2 Mio. Widersprüche gegen den aktuellen Rentenbescheid mobilisierten, haben die Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer eine Aktion gegen die „staatliche Ab-**

## zockerei bei den Energiepreisen“ gestartet.

Hermann-Josef Arentz, erster stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA: „Es reicht nicht, einigen Transportunternehmern Versprechungen zu machen. Die staatliche Preistreiberei muss für alle beendet werden. Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden, dass sich nur einige Reiche leisten können. Die Menschen sind stinksauer. Kommt die nächste Steuererhöhung, dann sind französische Verhältnisse programmiert.“

In einem Brief an den Bundeskanzler, den möglichst viele nach Berlin schicken sollten, heißt es:

„Es reicht. Beenden Sie endlich die staatliche Kostentreiberei durch die so genannte Ökosteuer. Für die Umwelt erreichen Sie damit nichts, aber uns nehmen Sie die Luft zum atmen. Ich fordere Sie zur sofortigen Rücknahme aller Steuererhöhungen auf, die Ihre Regierung seit 1999 auf Benzin und Diesel, Heizöl, Strom und Gas beschlossen hat, sonst lohnt sich arbeiten in Deutschland bald wirklich nicht mehr.“

<http://>

Den Brief an den Bundeskanzler finden Sie als E-Mail im Internet unter:  
[www.cda-bund.de](http://www.cda-bund.de)

# Schröder ist mitverantwortlich für das neue **Rekordtief**

**Anlässlich des neuesten Tiefstands der Europawährung erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz am 7. September:**

Einmal mehr hat Schröder jegliches Fingerspitzengefühl in europapolitischen Fragen vermissen lassen. Durch seine unbedachte Bemerkung, der Kurs des Euro gebe keinen Anlass zur Sorge, hat er das Vertrauen der Devisenmärkte in den Euro geschwächt. Die Äußerung Schröders ist ein missglückter Versuch, von den unzureichenden Reformen in Deutschland abzulenken.

Dies zeigt sich insbesondere in der bisher fehlenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der noch viel zu hohen Staatsquote aus Steuern und Abgaben. Die Euro-Schwäche ist der Ausdruck dafür, dass die Euro-Länder noch nicht ausreichende Reformen abgeschlossen haben, insbesondere im Vergleich zu den USA und Großbritannien.

Offensichtlich lässt es den Kanzler kalt, wenn die Bürger wegen steigender Importpreise, insbesondere für Treibstoff, immer tiefer in

die Tasche greifen müssen. Auch die Inflation wird dadurch angeheizt. Sollte die Inflation aber weiter steigen, ist die Europäische Zentralbank gezwungen, die Leitzinsen weiter anzuheben. Dies würde die gerade anlaufende Konjunktur abwürgen.

**SCHRÖDER  
VERKENNT DIE  
GEFAHR**

**Zum historischen Tiefstand des Euro erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:**

Bundeskanzler Schröder verkennt den Ernst der Situation; seine saloppe Haltung zur Euro-Schwäche ist unakzeptabel! Der schwache Euro mag kurzfristig den EU-Export beleben, mittel- und langfristig birgt er große Gefahren. Er verschärft das Inflationsproblem, weil sich die Importe in den Euroraum stark verteuern.

Schon jetzt liegt die Inflationsrate mit fast 2 Prozent deutlich über dem Mittel der letzten Jahre. Bundeskanzler Schröder muss sich den freien Fall unserer Währung

und die steigende Inflationsrate persönlich zuschreiben lassen.

Die dramatisch steigenden Benzin-, Diesel-, Gas- und Heizölpreise sind durch Ökosteuern, Opec-Politik und den schwachen Euro verursacht. Sie werden Privathaushalte und Unternehmen im kommenden Winter hart treffen und die positiven Wachstumseffekte der letzten Monate ernsthaft gefährden.

Auch in der Währungsfrage zeigt sich, wie wichtig eine stärkere politische Zusammenarbeit in der Europäischen Union ist. Ein starkes und zukunftsweisendes Ergebnis der EU-Regierungskonferenz wäre ein wichtiges Signal zur Stabilisierung des Euro.

**EIN KLARES SIGNAL** zu möglichen Interventionen haben die europäischen Finanzminister auf ihrer jüngsten gemeinsamen Sitzung vermissen lassen. Sie haben damit nach Meinung von Devisenhändlern den Markt ermutigt, ihre Schmerzgrenze weiterhin zu testen.

DIETRICH AUSTERMANN:

## Weniger Umverteilung – mehr strukturelle Innovation

**In der 1. Lesung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für das Jahr 2001 am 12. September erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Haushaltspolitik heißt, Zukunftspolitik fortschreiben, kraftvolle Weichenstellungen für das kommende und vier weitere Jahre vornehmen. Dass dies geschieht, daran bestehen Zweifel. Die Basis für den neuen Haushalt stellt der Haushalt 2000 dar. Wenn man ihn betrachtet, stellt man fest, kein Stein liegt mehr auf dem anderen: Dollarkurs, Zwangsarbeiter, EXPO, PKK, 100 Mrd. DM Mehreinnahmen, Arbeitslosenhilfe, Steuermehreinnahmen, Wohngeld, Minderausgaben BA, Privatisierungserlöse, ohne UMTS rund 40 Mrd. DM. Ich fordere Sie erneut auf, einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

### Und nun zum neuen Haushalt:

Der Bundesfinanzminister hat heute einen Bundeshaushalt vorgestellt, der in

mehrfacher Hinsicht von Rekorden geprägt ist. Entgegen seinem Ruf handelt es sich dabei um negative Rekorde.

Der Bundesfinanzminister und der Bundeskanzler stehen für diese Politik und damit für diese Rekorde. Sie stehen für: Steuereinnahmenrekord (rund 400 Mrd. DM) – statt Steuersenkung, Ausgabenrekord (rd. 490 Mrd. DM) – statt Sparbemühungen, Privatisierungsrekord (rund 125 Mrd. DM), Energiepreisrekord, negativer Rekord bei Investitionen, Rekord an Abgaben und Beiträgen – weitere sind geplant – und stehen für einen Rekordschwund beim Wert der Währung. Rekord bei der Entwicklung der konsumtiven Ausgaben für Renten- und Versorgungslasten. Die Mittel dafür steigen von 118 Mrd. (1998) über 167 Mrd. (2001) auf 187 Mrd. (2004)!

Haushaltsdebatten sind vom Alltagsleben der Bürger oft meilenweit entfernt. Heute müssen wir erkennen, dass falsche Haushaltspolitik den Bürger, wie diese negativen Fakten zeigen, drastisch berührt und seinen Freiheitsbereich einschränkt. Der

Haushaltsentwurf 2001 steht also ebenso wie der Finanzplan bis 2004 in offenkundigem Zusammenhang mit einigen Themen, die die „Menschen auf der Straße“ geradezu aufregen und die sich im Haushalt widerspiegeln:

An erster Stelle ist die „Steuerreform“ zu nennen, die in einem bestimmten Umfang Mindereinnahmen bringt und von der sich alle viel erhoffen, die aber nur wenigen dauerhafte Vorteile bringen wird.

### Rentenreform und Ökosteuer

sind ein von dieser rot-grünen Regierung geschmiedetes unsinniges Begriffspaar. Hier ist aktuell die Aufregung und der Ärger der Bürger am größten – verständlicherweise! 60 Pfennig mehr kostet der Sprit heute als zu unserer Regierungszeit. Bei 60 Mrd. Litern Verbrauch werden über den höheren Preis Bürgern und Betrieben 36 Mrd. DM zusätzlich aus der Tasche gezogen. Von den 60 Pfennig kassiert der Staat 9,6 Pfennig

Mehrwertsteuer und 12 Pfennig sog. Ökosteuern, macht rund 22 Pfennig.

Ein weiterer Teil, die Kursrelation Euro/Dollar ist ebenfalls regierungsbeeinflusst. Abgesehen davon, dass 70% des Spritpreises deutsche Steuern sind, ist die Halt-den-Dieb-Haltung der Bundesregierung nicht gerechtfertigt. Die Aussage des Bundeskanzlers, dass die Euro-Schwäche Anlass zur Freude, nicht zur Sorge sei, ist ökonomisch falsch und politisch töricht. Der starke Dollar und damit der schwache Euro sind für unseren Export ein exzellentes Schmiermittel. Aber deshalb steht unser Wachstum auf tönernen Füßen. War Deutschland früher Wachstumsmotor in Europa, so profitieren wir heute von der starken Auslandskonjunktur. Im Jahr 2000 liegt Deutschland mit einem Wachstum von 2,7 vH deutlich unter dem Wachstum in Euroland von 3,2 vH. In diesem Jahr sind wir vorletzter beim Wachstum in Euroland, im kommenden Jahr drittletzter.

Von Lafontaine und Schröder mit dem konsumtiv aufgeblähten Haushalt 1999 mitverschuldet, ist die offenbar bodenlose Talfahrt des Euro wirklich kein „Anlass zur Freude“ – der Euro hat seit dem Frühjahr 1999 mehr als

ein Viertel seines Außenwertes verloren. Und der Hundert-Milliarden-Schauer aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen regt fast jedermanns Ausgabefantasie an.

### „Konsolidierung und Gestalten“

Unter dieses Motto hat die Bundesregierung ihren Haushaltsentwurf gestellt. Die Themen von Steuerreform bis UMTS-Milliarden machen deutlich: Zu konsolidieren und gestalten gibt es einiges, aber es wird nicht konsolidiert und schon gar nicht sinnvoll gestaltet. Konsolidierung ist seit 1982 unser Thema – neu ist, dass sich die SPD und die Grünen dieses Themas annehmen!

Als wir 1982 die Regierung übernahmen, hatte Helmut Schmidt in 8 Jahren mehr Schulden gemacht, als er an Zinsverpflichtungen von seinen Vorgängern übernommen hatte, – jährlich rund 1,4 des BIP. In heutigen Zahlen würde dies einer durchschnittlichen jährlichen Nettokreditaufnahme allein des Bundes von etwa 135 Mrd. DM entsprechen. Wenn wir hier – und Sie tun das ja immer wieder – über Schuldenabbau und Vergangenheitsbewältigung reden, dann gehört dazu untrennbar

die Feststellung: Ohne Not und in großem Stil „auf Pump“ regiert wurde seit 1969 und ganz gewiss nicht unter Helmut Kohl! Weshalb haben Sie uns gegenüber immer wieder vom „Kaputtsparen“ gesprochen?

Für unsere Politik bis zur Wiedervereinigung gilt, dass wir im Saldo deutlich weniger Schulden aufgenommen haben, als wir zur Bedienung Ihrer Schulden an Zinsen aufbringen mussten, etwa 55 Mrd DM. Dann kam die Wiedervereinigung und mit ihr die Notwendigkeit zum Wiederaufbau. Dies geschah durch Mittel aus dem Haushalt des Bundes und zusätzliche Schulden. Damit steht fest: Wir haben deutlich mehr in den neuen Ländern ausgegeben als Kredite aufgenommen!

### Zu den Eckwerten des Haushaltsentwurfs 2001:

- Die Gesamtausgaben bleiben mit 478,7 Mrd DM nahezu konstant;
- die Neuverschuldung sinkt um 3,4 Mrd DM auf 46,1 Mrd DM,
- die Investitionen fallen um 2,9 Mrd DM auf 54,6 Mrd DM.

Nun, die Konstanz der Gesamtausgaben verspricht Konsolidierung. Wenn aber



90 % der Reduzierung der Neuverschuldung zu Lasten der Investitionen gehen, dann hat diese Bundesregierung ihren Gestaltungsauftrag offenkundig missverstanden.

### Höchster Einzelposten: Zuschüsse zu den Renten

Der Konsolidierungserfolg wird erst recht zweifelhaft, wenn man zum Vergleich nicht das Vorjahr sondern 1998 heranzieht: Denn im Vergleich zu 1998 steigen die Gesamtausgaben um rd. 22 Mrd DM.

Der größte Einzelposten im Bundeshaushalt sind Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung. Diese steigen mit beängstigender Geschwindigkeit an, nämlich fast 6-mal so schnell wie die Bundesausgaben insgesamt. 2004 werden sie nach den Planungen der Bundesregierung mit 156 Mrd DM rd. 31 vH der Bundesausgaben beanspruchen – gegenüber knapp 22 vH im Jahr 1998. Sowohl die Größenordnung dieser Ausgabenposition als auch die Geschwindigkeit ihres Anstiegs machen deutlich, hier liegt der größte Sprengsatz für den Bundeshaushalt. Hier hätte gestaltet werden müssen. Doch die Fehler von 1999

”

Rentenreform und Ökosteuern sind ein von dieser rot-grünen Regierung geschmiedetes unsinniges Begriffspaar. Hier ist aktuell die Aufregung und der Ärger der Bürger am größten – verständlicherweise! 60 Pfennig mehr kostet der Sprit heute als zu unserer Regierungszeit.

werden fortgesetzt. Die Rentenpolitik der rot-grünen Bundesregierung trägt offensichtlich nichts zur Lösung der langfristigen Probleme der Alterssicherung bei. Ihr Versuch, die strukturellen Probleme der im Umlagesystem finanzierten Alterssicherung mit immer neuen Staatszuschüssen zu lösen, muss scheitern!

Notwendig ist ein entschiedenes Umsteuern der Alterssicherung in Richtung Kapitaldeckungsverfahren. Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, den für die Zukunft vermehrt zu erwartenden „gebrochenen Erwerbsbiografien“ eine der Lebensleistung entsprechende Alterssicherung zu gewährleisten.

Nirgendwo im Bundeshaushalt zeigt sich so deutlich wie bei den Zuschüssen zur Alterssicherung, dass die politisch unbequeme und undankbare Lösung struktureller Fragen mit immer höheren Sozialsubventionen auf

die lange Bank geschoben wird. Wer immer mehr Geld für Sozialsubventionen locker machen muss, hat nichts mehr für Investitionen übrig. Bei den Investitionen vernachlässigt Rot-Grün in eklatanter Weise die ureigsten Verpflichtungen des Bundes im Bereich der Infrastruktur, d.h. in der Verkehrspolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik, aber auch in der Wirtschaftspolitik sowie bei den Beschaffungen für die Bundeswehr. Am Ende des gewärtigen Finanzplanungszeitraumes, im Jahr 2004, wird die Investitionsquote einen Negativrekord von nur noch 10,4 vH der Bundesausgaben erreichen.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Politik liegen Welten.

<http://>

Den vollen Wortlaut  
der Bundestagsrede  
finden Sie unter:  
[www.cducusu.  
bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)

## Hinterzimmerpolitik

■ Nichts anderes als „fauler Kuhhandel“ steckt in der knappen Mitteilung des Bundeskanzlers: „Die Bundesregierung sieht beim **Ladenschluss** keinen Handlungsbedarf.“ Mit seiner Zusage, die Bundesratsinitiative zur Änderung des Ladenschlussgesetzes abzuwürgen, kauft Schröder die Zustimmung der Gewerkschaften zur Riesterschen Rentenreform. Peter Rauen, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Bezeichnend für den Politikstil des Kanzlers: an den zuständigen Institutionen vorbei Absprachen nach Gusto treffen, anstatt in öffentlicher Auseinandersetzung durch Argumente zu überzeugen.“

## Schnecken tempo

■ Lange angekündigt – endlich kommen sie: die Eckpunkte für ein **Gleichstellungsgesetz** in der Wirtschaft. Der dirigistische Ansatz, den Bundesfamilienministerin Bergmann gewählt hat, läßt fürchten, dass den Betrieben für branchenadäquate und familienfreundliche Lösungen die nötige Flexibilität leider fehlen wird. Maria Böhmer, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir werden die Ministerin an ihren großen Worten messen.“

## Unkonkret

■ Die betriebliche Altersversorgung stärken: darin sind sich CDU/CSU und SPD seit langem einig. Von konkreten Vorschlägen jedoch bei den Sozialdemokraten keine Spur. Auch die letzte Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrats hat nicht mehr als die Einsetzung einer Arbeitsgruppe gebracht. Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir haben dagegen bereits vor Wochen ein detailliertes Eckpunktepapier zur **Betriebsrente** vorgelegt, über das jederzeit entschieden werden könnte.“

(siehe: *UiD 25/2000*)

## Richtschnur

■ Zum Schutz des fairen Wettbewerbs hat das Bundeskartellamt den Unternehmen WalMart, Aldi Nord und Lidl untersagt, bestimmte Produkte aus dem Nahrungsmittelbereich unter **Einstandspreisen** zu verkaufen. Hartmut Schauerte, Wettbewerbs- und Kartellrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese Entscheidung als wirksame Maßnahme gegen den Verdrängungswettbewerb vor allem im Lebensmitteleinzelhandel begrüßt: „Der Markt braucht endlich eine verlässliche Richtschnur und eine konsequente

Regelanwendung durch die Aufsichtsbehörde.“

## Wachstumsbremse

■ Jede erfolversprechende technische Entwicklung mit Abgaben und Auflagen zu belegen, ist typisch für Rot-Grün. Nach der geplanten Internetsteuer soll jetzt eine **Urheberrechtsabgabe** auf Computer, Telekommunikationsgeräte und Internet-Anwendungen erhoben werden: der zweite Schlag gegen die Zukunftsbranche Nummer eins in Deutschland. Ursula Heinen und Klaus Holetschek, Sprecher der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die berechtigten Interessen der Autoren müssen berücksichtigt werden. Was aber Rot-Grün vorhat, wirkt als Wachstumsbremse und gefährdet Arbeitsplätze.“

## Soldat und Bürger

■ Die geplante Neuregelung des Paragraphen 25 Absatz 3 **Soldatengesetz** ist nach Meinung des verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine „Angriff Scharpings auf den Staatsbürger in Uniform“. Sie beschränkt „massiv und unnötig“ die Ausübung eines Mandats sowie das passive Wahlrecht von Soldaten und widerspricht der bewährten Praxis,

Soldaten wie andere Angehörige des öffentlichen Dienstes von ihrem Dienst freizustellen, wenn sie kommunalpolitisch tätig werden. Paul Breuer: „Die Bundesregierung muss die vorgesehene Änderung zurücknehmen. Soldaten sind keine Bürger zweiter Klasse.“

### Ran an die Truppe!

■ „Einmal selbst erleben, was es heißt, bei der starken Truppe aktiv zu sein“, will die Kreisvorsitzende der Kieler CDU. Zu ausschließlich sind ihr die so genannten „**Informationswehrübungen** für zivile Führungskräfte“ bisher nur Männern vorbehalten gewesen. Momentan sind 4000 Frauen bei der Bundeswehr aktiv. Bald wird die Möglichkeit bestehen, dass Frauen alle militärischen Laufbahnen bei den Streitkräften einschlagen. Angelika Volquartz: „Grund genug für mich, aber auch für andere Frauen, jetzt zu sagen **Ran an die Truppe!**“

### Einfacher, schneller

■ Nur 63 verurteilte Straftäter von 13.000 ausländischen Staatsangehörigen, die in deutschen Gefängnissen einsaßen, konnten 1998 in ihr Heimatland abgeschoben werden. „Ein unerträglicher Zustand“ schon deshalb, wie der rechtspolitische Sprecher

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte, weil der Strafvollzug in Deutschland Resozialisierung und familiäre Kontakte betroffener Ausländer in ihrem Heimatland erschwert. Norbert Geis: „Wir fordern die Regierung auf, endlich geeignete Schritte zu unternehmen, um die **internationale Vollstreckungshilfe** zu verbessern.“

### Mehr Marktfreiheit

■ EU-Kapazitätsbegrenzungen für ostdeutsche Werften können nicht mehr länger hingenommen werden. Das hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert. Gleichzeitig sprach sich Gunnar Uldall für ein restriktives Vorgehen gegen die übermächtige Konkurrenz des südkoreanischen Schiffbaus aus. Die mit Milliarden-Aufwand modernisierten, aber auf eine jährliche **Neubaukapazität** von zusammen 327.000 gewichteten Großtonnen eingegengten Seewerften in Rostock, Stralsund, Wismar und Wolgast müssten ihre technologischen Vorteile endlich ausspielen dürfen.

### Mehr Mut

■ Dem Abbau der Einstimmigkeitshürde bei Entscheidungen im Ministerrat

kommt große Bedeutung zu, wenn die europäischen Regierungschefs im Dezember einen kräftigen Schritt hin zu einer handlungsfähigeren Europäischen Union machen wollen. Aber knapp drei Monate vor dem geplanten Gipfel in Nizza zeichnet sich keine Lösung ab. Peter Hintze, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung auf, die Initiative zur Lösung dieser zentralen Frage zu ergreifen. Mehr Mut zu **Mehrheitsentscheidungen** ist angesagt.“

### Neue Impulse

■ Eine fraktionsübergreifende Initiative zur Weiterentwicklung der Hauptschule hat die CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag angekündigt. Anlass, so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, ist das Angebot der Kultusministerin zu einem schulpolitischen Dialog. Jost de Jager: „Nachdem unser Programm **Hauptschule der Zukunft** vom Juli letzten Jahres nicht einmal in den Ausschuss überwiesen worden ist, bringen wir die Hauptschule auf diese Weise wenigstens wieder auf die Tagesordnung.“

## Finanzergebnis auf dem Rücken der Patienten erzielt

**Zu den von Bundesgesundheitsministerin Fischer vorgestellten Rechnungsergebnissen des 1. Halbjahres erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:**

Bundesgesundheitsministerin Fischer feiert die Rechnungsergebnisse des 1. Halbjahres, und der Patient und Versicherte kann sich nur wundern.

So werden dank der Budgetierung der Arznei- und Heilmittelausgaben notwendige medizinische Leistungen nicht mehr erbracht. Zuckerkrankte beklagen, dass ihnen die zur Blutzuckerkontrolle notwendigen Blutzuckerteststreifen vorenthalten werden

**Dringend notwendige Therapien könnten nicht mehr verordnet werden**

Krebskranke weisen daraufhin, dass in der Heilmittelversorgung dringend notwendige Therapien wie Lymphdrainage oder Krankengymnastik nicht mehr



verordnet werden. Und Patienten, die aus Krankenhäusern entlassen werden und der ambulanten Nachbehandlung bedürfen, wird unter Hinweis auf Regressandrohung und Budget das eingestellte Medikament verweigert.

Die Ministerin erklärt, bei der Neuregelung der Beiträge auf Einmalzahlungen, könnten wegen der angespannten Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung nur Versicherte berücksichtigt werden, die Widerspruch eingelegt oder Klage erhoben hätten. Würden alle Betroffenen berücksichtigt, käme dies den Kassen teuer zu stehen. Die Kassen wollen zwar zu ihrem Wort stehen, aber der Ministerin scheint es egal zu sein, ob das Vertrauen

der Versicherten in das System der Gesetzlichen Krankenversicherung beschädigt wird oder nicht.

**Belange der Patienten aus finanziellen Gründen vernachlässigt**

Patienten und Versicherte müssen also für die Finanzsituation der GKV gerade stehen. Ihre Belange werden von Rot-Grün aus finanziellen Überlegungen vernachlässigt. Offenkundig geht die Ministerin davon aus, alle Probleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung seien – dank der Einnahmen aus den 630-Mark-Jobs – gelöst und man müsse sich in dieser Legislaturperiode nicht mehr um die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung bemühen. Dabei ist auch nach Auffassung vieler Experten, wie z.B. von Prof. Dr. Schwartz, Vorsitzender des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, eine grundlegende Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung dringend geboten.

# Tief im Innern der Seele die alte **Technikfeindlichkeit**

**Zur Halbzeitbilanz der rot-grünen Forschungspolitik erklärten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Prof. Dr. Heribert Offermanns, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestages, Thomas Rachel:**

Die Regierung Schröder und die Bundesforschungsministerin Bulmahn sind mit vollmundigen Versprechen angetreten. Ihre Halbzeitbilanz ist bescheiden. Kurzum: „Viel Lärm um nichts“. (Siehe Doku/Innenteil)

Von der versprochenen Verdopplung der Ausgaben für Bildung und Forschung ist nichts zu sehen. In den letzten Jahren gab es ein Hin und Her von Kürzungen, Erhöhungen und Verschiebungen in den Haushalten für Forschung und Wirtschaft.

Geld allein reicht zudem längst nicht aus. Die deutsche Forschungspolitik braucht eine klare Strategie, und sie muss günstige Rahmenbedingungen schaffen. Gerade hier versagt Rot-Grün. Es zeigt

sich immer wieder, dass es nur zu Verbalbekenntnissen reicht, tief im Inneren der rot-grünen Seele jedoch die alte Technikfeindlichkeit sitzt und Verweigerer und Verhinderer den Ton angeben.

■ Die Aufteilung der Forschungs- und Technologieförderung zwischen Bundesforschungsministerium und Bundeswirtschaftsministerium hat Chaos in die Forschungsförderung gebracht.

■ Der innovationspolitische Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ist unterbrochen. Obwohl die Regierung Schröder zahlreiche Bündnisrunden und runde Tische unterhält, fehlt ein Dialogforum für Forschung und Innovation.

■ Die Bürokratie in der Forschungsförderung artet aus. Bei Stagnation der Fördermittel wurde die Zahl der Forschungsprogramme des Bundes von 1998 auf 1999 um rund 8% erhöht.

■ Die Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft kommt nicht voran. Obwohl Empfehlungen unabhängiger Evaluierungskommissionen vorliegen, ist noch nichts geschehen. Die ein-

zige Aktion, die Fusion zwischen Fraunhofer-Gesellschaft und GMD, ist umstritten und inzwischen völlig aus dem Ruder gelaufen.

■ Die angekündigte und dringend benötigte Reform des Dienstrechts für Hochschullehrer ist nicht in Sicht. Die Bundesministerin vertritt auf den Sommer 2001.

■ Es fehlt jeglicher Impuls zur Fortentwicklung der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik.

■ Rot-grüne Politik bleibt innovationsfeindlich: Aus für den Transrapid, Rückzug des Staates aus der Kernforschung und -technik, Bremsfuß bei der Genehmigung des neuen Garching Forschungsreaktors FRM II.

■ Die zuständige Ministerin ist kein Anwalt für Forschung und Innovation in der Bundesregierung und auch nicht in der Gesellschaft. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, irgendeine der innovationsfeindlichen Entscheidungen der Bundesregierung zu verhindern und das Ruder an sich zu reißen. Einhellig heißt das Urteil über ihre Politik: Mangelhaft! **UD**

# Für eine ethisch verantwortbare Nutzung der Gentechnik

**Der Geschäftsführende Vorstand spricht sich für eine ethisch verantwortbare Nutzung der Gentechnologie aus. Bio- und Gentechnologie sind Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts, die das Leben der kommenden Generationen entscheidend prägen werden.**

Das Potential der Gentechnologie in den Bereichen Medizin, Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung und Umweltechnik ist derzeit noch kaum abzuschätzen. Unzweifelhaft jedoch bietet die Gentechnologie Chancen zur Heilung bisher unheilbarer Krankheiten und damit zur Linderung von Schmerz und Leid sowie zur besseren Bekämpfung von Hunger und Armut durch die Züchtung von Pflanzen, die besser an extreme Wachstumsbedingungen angepasst sind.

Deutschland nimmt nicht zuletzt dank der Initiativen der früheren CDU/CSU-FDP-Regierung beispielsweise zum Bio-Regio-Wettbewerb sowie zur Harmonisierung und Entbürokratisierung des Gentechnikrechts eine Spitzenposition in der

Bio- und Gentechnologie ein. Dies gilt auch für die Zahl der Unternehmensgründungen und das ökonomische Zukunftspotential, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsmarktes.

Die rot-grüne Bundesregierung darf diese Chance nicht aufgrund technikfeind-

Beschluss des  
geschäftsführenden  
Vorstands der  
CDU/CSU-Bundes-  
tagsfraktion auf der  
Klausurtagung am  
7. September in  
Hildesheim

licher Ressentiments verspielen. Das von der Regierung angestrebte Moratorium für die Aussetzung gentechnisch veränderter Pflanzen wie auch das von der zuständigen Ministerin Fischer aufgelegte „Forschungs- und Beobachtungsprogramm“ zur Einführung der Gentechnologie in der deutschen Landwirtschaft dürfen nicht als Hemmnisse für eine ethisch verantwortbare Nutzung missbraucht werden. Forschung und Technik müs-

sen unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit dem Gebot des Schutzes der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenwürde stehen. Der Mensch darf nicht zum Objekt von Forschungs- und Wirtschaftsinteressen werden. Dies sehen wir als eine besondere Verantwortung christdemokratischer und christlichsozialer Parteien.

Die Unverfügbarkeit des eigenen Genoms und der Schutz seiner Daten ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen Menschen. Das menschliche Genom als solches darf nicht patentiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen erfordert die Befähigung zur gesundheitlichen Selbstverantwortung durch das Schul- und Bildungssystem sowie durch genetische Beratung im Gesundheitswesen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist für den Einsatz zellbiologischer Methoden zur Heilung von schweren Krankheiten. Eingriffe in die menschliche Keimbahn und das Klonen von Menschen lehnen wir jedoch ab.

Es gibt keine einfachen Antworten auf die kom-

plexen wissenschaftlichen, rechtlichen, wirtschaftlichen und ethischen Fragen der Bio- und vor allem der Gentechnologie. Es muss aber Aufgabe der Politik sein, die Grenzen der verantwortbaren Forschung und Nutzung zu definieren. Hierzu müssen wir insbesondere die richtigen Fragen stellen. Und wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen und mit Information zu mehr Aufklärung beitragen.

### Im offenen Dialog

Diese Aufgabe kann die Politik nicht allein bewältigen. Sie benötigt den offenen Dialog, um Nutzen und Risiken neuer Technologien abschätzen zu können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion strebt einen fundierten gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Dialog an, der auf blinden Fortschrittsoptimismus ebenso verzichtet wie auf irrationale Technikfeindlichkeit.

### Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat folgendes beschlossen:

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für den Themenbereich Bio- und Gentechnologie Katherina Rei-

che zur Beauftragten für die Humangenetik („rote Gentechnologie“) ernannt. Für die Gentechnik in Landwirtschaft und Umwelt („grüne Gentechnologie“) ist Helmut Heiderich, Mitglied der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zuständig.

■ Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Maria Böhmert bildet eine fraktionsinterne Arbeitsgemeinschaft, die sich systematisch mit den Chancen und Grenzen der Bio- und Gentechnologie beschäftigen und alle Aspekte integrieren wird. In den zuständigen Arbeitsgruppen der Fraktion sind Berichterstatter für diese Thematik benannt.

■ Wir fordern die Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die Risiken der Humangenetik minimieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die von ihr in der unionsgeführten Regierung maßgeblich mitgestalteten Rechtsgrundlagen (z. B. das Embryonenschutzgesetz von 1991) kontinuierlich vor dem Hintergrund der Forschungslage überprüfen und fortentwickeln.

■ Die Sicherung der Menschenwürde kann nicht allein mit den Mitteln der nationalen Gesetzgebung erfolgen. Wir setzen uns daher für möglichst einheitliche Grundsätze, ins-

besondere in den Ländern der Europäischen Union, ein. Die Bundesregierung fordern wir auf, in der Europäischen Union und im Europarat unterschiedlichen rechtlichen Standards in den Ländern der EU entgegenzuwirken.

■ Die Rahmenbedingungen für die biotechnologische Forschung in Deutschland muss durch gezielte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessert werden, insbesondere durch die Flexibilisierung der Ausbildungsstrukturen und -inhalte sowie durch Leistungsanreize für die Wissenschaft. Naturwissenschaften müssen bereits in der Schule wieder größeres Gewicht erhalten. Der Übergang von der Forschung in die Wirtschaft durch Gründung von Unternehmen sollte gezielt gefördert werden, beispielsweise durch Modelle, bei denen Jungunternehmern die technischen Fragen der Geschäftsführung wie Buchhaltung abgenommen werden.

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird offensiv den Dialog mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen suchen: u. a. mit Kirchen, Ärzten, Wissenschaftlern, der Industrie und Interessenverbänden. Hierzu zählen auch Besuche bei Forschungseinrichtungen und Unternehmen. **UD**

WERNER LENSING:

# Den Abschluss internationaler Abkommen fördern

„CDU-online“ fragte den Bundestagsabgeordneten Werner Lensing, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquête Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages.

*CDU-online: Im Juni dieses Jahres verkündete US-Präsident Bill Clinton und der „Unternehmer-Wissenschaftler“ J. Craig Venter stolz die Entschlüsselung des menschlichen Erbguts. Sind wir dadurch dem „perfekten Menschen“, der von Geißeln wie Krebs, Aids oder Alzheimer befreit ist, ein gutes Stück näher gekommen?*

**Werner Lensing:** Bekanntlich trachtete die Menschheit seit je danach, den Menschen zu perfektionieren bzw. dessen menschliche Schwächen zumindest zu minimieren. Diesem Ziel kommt natürlich die Forschung mit jedem Erfolg, wie jüngst mit dem der weitgehenden Entschlüsselung unseres menschlichen Erbgutes, ein wenig näher. Ob es aber tatsächlich gelingen wird, alle Hoffnun-



gen annähernd zu erfüllen, und dem vollkommenen Menschen möglichst nahe zu kommen, ist ungewiss. Schließlich hat auch die Biotechnologie ihre „natürlichen“ Grenzen. Jedoch räumen selbst unsere Forscher ein, dass mit den bisherigen Erfolgen erst der Grundstein für umfangreiche weitere Forschungen gelegt werden konnte. So muss beispielsweise zunächst erforscht werden, welche Funktionen die einzelnen entdeckten Gen-Abschnitte überhaupt haben.

*CDU-online: Der Schöpfungsauftrag sagt uns: Nutzt eure Talente! Gerät nicht eine Partei wie die CDU, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, zuneh-*

*mend in Konflikte mit den Möglichkeiten der Gentechnik?*

**Werner Lensing:** Gewiss ist moderne Forschung für die Weiterentwicklung der Menschheit unabdingbar - dies gilt nicht zuletzt für die Gentechnologie. Es wäre insofern auch unverantwortlich, diese willkürlich behindern zu wollen. Die „Nutzung der eigenen Talente“ darf jedoch nicht losgelöst von der Übernahme der Verantwortung für alle denkbaren Konsequenzen erfolgen. Ist doch gerade bei der gentechnologischen Forschung, die sich in den Dienst des menschlichen Wohls stellen will, zu berücksichtigen, dass das, was gegebenenfalls dem individuellen Wohl einer Einzelperson nützlich ist, nicht zwangsläufig zugleich auch dem Wohl anderer Menschen oder gar der gesamten Menschheit dient. Außerdem gilt es zu beachten, dass Forschung für den Menschen zumeist auch mit Forschung am Menschen verbunden ist. Dieses erfordert nicht selten eine gründliche und verantwortbare Abwägung aller Entscheidun-



gen. Hierbei hat unser christliches Menschenbild eine verlässliche Leitlinie zu bilden.

**CDU-online:** *Mit der Prä-Implantations-Diagnostik (PID) wird es voraussichtlich in einem überschaubaren Zeitraum möglich sein, im Reagenzglas erzeugte Embryonen zunächst auf ihre Erbanlagen hin zu untersuchen und sie nur dann in den Mutterleib einzupflanzen, wenn sie als völlig „gesund“ gelten. Manche Ärzte plädieren daher dafür, dieses Verfahren bei Risikopaaren einzusetzen, um schwere Krankheiten, wie die der Mukoviszidose, von vornherein auszuschließen. Ist es somit nicht sinnvoller, die PID im Frühstadium anzuwenden als später Schwangerschaftsabbrüche hinzunehmen?*

**Werner Lensing:** Wie aus den immer wieder auftauchenden Berichten über Spätabtreibungen von Kindern mit zu erwartenden Behinderungen ersichtlich ist, gibt es gerade im Bereich der Schwangerschaftsabbrüche äußerst schwerwiegende Probleme, die bisher in keiner Weise gelöst sind. Insofern halte ich es für äußerst problematisch – wenn nicht

gar für unverantwortbar – eine Einführung der Prä-Implantations-Diagnostik mit denkbaren Schwangerschaftsabbrüchen zu begründen. Eine Zuspitzung gerade dieses Diskussionsaspektes könnte sogar die In-vitro-Fertilisation, also die Befruchtung außerhalb des Körpers, insgesamt in Frage stellen. Bei der Prä-Implantations-Diagnostik handelt es sich schlimmstenfalls um eine reine Selektion – also um eine Auswahl und damit Aussonderung nach bestimmten Merkmalen. Für einige mag der Gedanke durchaus verführerisch sein, auf diese Weise frühzeitig genetische Erkrankungen feststellen zu können, die eine Lebensfähigkeit des heranwachsenden Kindes sehr gefährden, wenn nicht gar verhindern. Wo aber soll hier die Grenze gezogen werden? Die Beurteilung dessen, was noch gerade zugemutet werden darf, ist völlig unklar. Selbst den Ärzten ist es noch nicht gelungen, objektiv zu definieren, welche unabdingbaren Voraussetzungen für eine Prä-Implantations-Diagnostik zu gelten haben. Vielmehr bleibt es bei unklaren Beschreibungen wie einem unpräzisen Hinweis auf „schwere Krankheiten“. Dies alles begründet die Gefahr, dass die persönlichen

”

Ausserdem muss beachtet werden: Forschung für den Menschen ist meist auch Forschung am Menschen. Das macht eine gründliche und verantwortbare Abwägung aller Entscheidungen unumgänglich.

Wünsche nach einer genetischen Ausstattung des zu implantierenden Embryos zunehmend ausschlaggebend werden. Angesichts der drohenden Haftungsfragen, die bereits heute schon im Bereich der Pränataldiagnostik eine nicht unwesentliche Rolle spielen, sind die Sorgen leider nicht unbegründet. Letztlich ist die Gefahr unübersehbar, dass mit der Prä-Implantations-Diagnostik der – unkalkulierbaren – Selektion Tür und Tor geöffnet werden könnte. Es stellt sich somit hier wie an keiner anderen Stelle die Frage, ob nicht der ebenso berechtigte wie verständliche Wunsch nach einem Kind zu einem Kind nach Wunsch verkommt.

<http://>

Das vollständige Interview finden Sie unter:

[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

HANS-GERT PÖTTERING:

# Sanktionen gegen Österreich unverzüglich aufheben

**Der Vorsitzende der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat den Bericht der sogenannten „drei Weisen“, Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelino Oreja, zur Politik in Österreich begrüßt und die sofortige Aufhebung der Sanktionen der 14 EU-Mitgliedstaaten gefordert.**

Der Bericht bezeichnet die Sanktionen als kontraproduktiv und empfiehlt deren Aufhebung. Der österreichischen Regierung unter Führung der ÖVP wird hinsichtlich der innenpolitischen Lage ein gutes Urteil ausgestellt.

## Vor allem im Hinblick auf den Euro wichtig

„Auf Grundlage des vorgelegten Berichts fordern wir die 14 EU-Mitgliedstaaten auf, die vor sieben Monaten von der portugiesischen Ratspräsidentschaft verkündeten Sanktionen gegen Österreich unverzüglich aufzuheben und nicht nur zu suspendieren“, erklärte Pöttering. Dies



sei auch im Hinblick auf das Referendum über die Einführung des Euro in Dänemark am 28. September wichtig. Eine herausragende Verantwortung im Umgang mit den Ergebnissen des Berichts komme insbesondere Frankreich als amtierender Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zu. Gleichzeitig werde von der Regierung Österreichs erwartet, dass sie die angekündigte Volksbefragung absagt.

Wie erwartet, stimme der Bericht der drei Weisen weitgehend mit dem im Auftrag des Vorstandes der Europäischen Volkspartei von den drei EVP/ED-Abgeordneten Gerardo Galeote, Wim van Velzen und Hartmut Nas-sauer erstellten Bericht vom 6. Juni überein. Der Bericht

enthält u.a. auch die Empfehlung, die Verfahren der Gemeinschaft bei Verstoß eines Mitgliedstaates gegen die Grundprinzipien der Union klarer zu stellen.

## Ohne jegliche Rechtsgrundlage

„Die EVP/ED-Fraktion hat immer wieder betont, dass der Umgang der EU-Mitgliedstaaten miteinander und innerhalb der Europäischen Union sich auf den Rechtsrahmen des EU-Vertrages gründen muss“, sagte Pöttering. Die bilateralen EU-Sanktionen seien ohne jede Rechtsgrundlage gegen ein gleichberechtigtes Mitglied verhängt worden. Dies stehe nicht nur im Widerspruch zum Geist des partnerschaftlichen Miteinanders in der EU, sondern habe dem Vertrauen in die Rechtsgemeinschaft, die das Recht aller Mitglieder auf Grundlage des Vertrages schütze, gerade in den kleineren Mitgliedstaaten, aber auch in den Beitrittsländern geschadet. Die Aufhebung der Sanktionen ist überfällig.

UD

NICHT REDEN - HANDELN!

# Initiative in Rheinland-Pfalz: Unsere Stadt soll **familienfreundlicher** werden

■ Können sich die jungen Eltern ein Baugrundstück leisten? ■ Ist der Weg zum Kindergarten ungefährlich? ■ Klappt es mit der Betreuung in der Grundschule? ■ Wissen die Jugendlichen, wo sie ihre Freizeit verbringen können? ■ Ist Hilfe in der Nähe, wenn Familien Schwierigkeiten haben?

Nicht reden – handeln! sagte sich die Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Frauen, Maria Böhmer, ergriff die Initiative und startete im August die Aktion „Unsere Stadt/unsere Gemeinde soll familienfreundlicher werden!“

Bündnispartnerin der Frauen-Union ist die Kommunalpolitische Vereinigung mit ihrem Landesvorsitzenden Heinz Hermann Schnabel und den Ortsvorsitzenden in den Gemeinden. Landesvorsitzender Christoph Böhr ist mit im Boot, dazu CDA, Junge Union, Mittelstand und die Senioren-Union.

Drei regionale Familienkonferenzen geben in den drei Bezirksverbänden den Grundton an: Familienver-

bände, Frauenverbände, Elterngruppen, Kirchenvertreter, Wohlfahrtsverbände, Vertreter der Schulen und Kindergärten, der Arbeitgeber, die Mandatsträger/innen in den kommunalen Räten und die Verwaltungen - kurz: alle, die mit Eltern und Kin-

TIPP FÜR DIE  
PARTEIARBEIT

EINE INITIATIVE  
VON FU UND KVP  
RHEINLAND-PFALZ

dern zu tun haben. Nicht zuletzt werden die Familien in der Region an einen Tisch gerufen.

Was in den Bezirken vorgemacht wird, ist zugleich als Beispiel für die Kreisverbände gedacht.

**Erster Schritt:** ein unkomplizierter Fragebogen, der beim Straßencanvassing und bei Veranstaltungen oder Umfragen von Tür zu Tür eingesetzt werden kann: Wie beurteilen die Bürgerinnen und Bürger die Familienfreundlichkeit in ihren

Stadt/Gemeinde? Was kritisieren sie, was wünschen sie sich?

**Zweiter Schritt:** ca. 20 Musteranträge an den Stadtrat/Gemeinderat, die von den Mandatsträgern/innen der CDU, der Auswertung des Fragebogens entsprechend, im kommunalen Rat eingebracht werden können:

- Wir wollen die Familien bei den kommunalen Gebühren entlasten.
- Wir wollen ein ausreichendes Angebot an entlastenden Diensten.
- Wir wollen eine „Tagesbetreuungsborse“.
- Wir wollen Schulhöfe zum Spielen öffnen.
- und, und, und ...

Alle Anträge enden mit der Aufforderung an die Verwaltungen, bis zu einem bestimmten Termin über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten.

Zwölf CDU-geführte Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben sich für die Pilotphase zur Verfügung gestellt und wollen ausprobieren, was sie - auch in Zeiten knapper Finanzen - für die Familien bewirken können.

UD



## ÖLPREISE

### Widerstand gegen Besteuerung

*Dass die Opec den Ölpreis mit diplomatischen Beschlüssen zum Fallen bringt, können nur naive Gemüter glauben. Die Lagervorräte sind bedeutsamer als noch nie, die Welttankerflotte fährt in Vollauslastung, und die Ölnachfrage der boomenden Weltwirtschaft steigt weiter. Da nützen auch höhere Fördermengen erst einmal wenig.*

*Kein Opec-Gipfel führt daran vorbei, dass sich unser Basisrohstoff kräftig verteuert und wir einen Verlust an Realeinkommen verschmerzen müssen. Die Scheichs sind dabei nicht das Problem, die Reeder nicht und auch die Ölkonzerne nicht. Sie stehen im Wettbewerb und begnügen sich mit weniger als 30 Prozent des Endpreises. Ein Liter ihres Benzins könnte 60 bis 80 Pfennig kosten. Der Staat dagegen hat ein Steuermonopol und verdreifacht diesen fairen Preis ebenso willkürlich wie dreist. Diese eklatante Form*

*der Hyperbesteuerung ist ein reines Politikum, und darum kommt es zum Widerstand.*

Die Welt

## RENTENREFORM

### Gute Chancen für den Konsens

*Die Drohungen von einem heißen Herbst sind nahezu verstummt. Beim Thema Rente sind die Gewerkschaftsvorsitzenden auffallend moderat. Während der IG-Metall-Chef Klaus Zwickel noch vor wenigen Wochen eine deutliche Senkung des Rentenniveaus kategorisch abgelehnt hat, signalisiert er nun Kompromissbereitschaft. Offenbar musste Zwickel erkennen, dass sich an der Basis der Unwille über die Reform in Grenzen hält.*

*Die Bürger wissen, dass das Rentensystem dringend verändert werden muss. Dazu gehört auch der Ausbau der privaten Altersvorsorge. Dennoch ruft gerade dieses Vorhaben die Gewerkschaften auf den Plan.*

*Dass allein die Arbeitnehmer privat sparen sollen, galt dort bis vor kurzem als unzumutbar. Zu Recht widersetzt sich aber Rot-Grün der Forderung, bei der Privatvorsorge die Wirtschaft mit ins Boot zu nehmen. Dies würde bedeuten, den Unternehmen neue Kosten aufzubürden.*

Stuttgarter Zeitung

### Die Kunst des Unmöglichen

*Not macht erfinderisch, und weil die Not bei der Alterssicherung groß ist, wird Walter Riester auch bei den letzten Streitfragen etwas einfallen. Gerade an den sperrigen Details der Rentenreform zeigt sich Politik als eine Kunst. Ihre Leistung besteht fast nie darin, gordische Knoten kraftvoll zu zerhacken, sondern sie geschickt und geduldig so zu lockern und zu lösen, dass am Ende ein feines Gewebe entsteht, das neu ist und dem Publikum gefällt. Schon deshalb, weil viele daran mitgewirkt haben, die mit der Rente auch sich selbst verändern mussten.*

Der Tagesspiegel

## MAUT

Verkleidete Steuer  
aus der Mottenkiste

Offenbar kann eine Idee gar nicht so überholt sein, dass sie nicht noch einmal aus der Mottenkiste geholt werden könnte. Welcher Teufel hat nur die Mitglieder der sogenannten Pällmann-Kommission – immerhin renommierte Wissenschaftler und Unternehmer – geritten, zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur die Einführung einer zeitbezogenen Maut von 80 DM für Personenwagen ins Spiel zu bringen.

Die Kommission schlägt die Einrichtung einer Autobahn-Finanzierungsgesellschaft vor, die sich im wesentlichen aus Mauteinnahmen finanzieren soll.

Doch die geplanten streckenbezogenen Lastwagen-Gebühren reichen offenbar nicht aus. Deshalb denkt die Kommission daran, auch die Personenwagen einzubeziehen.

Frankfurter Allgemeine  
Zeitung

Etwas mehr Mut,  
Herr Klimmt

Nun ist es endlich offiziell: Mehr als ein Jahr brütete die von der Bundesregierung beauftragte Infrastrukturkommission über Wege und Möglichkeiten, die bekannten Finanznöte des Bundes für Bau und Instandhaltung des Straßen- und Schienennetzes zu überwinden. Manches war schon vorab bekannt geworden, große Überraschungen bot die Veröffentlichung des Gutachtens denn auch nicht. Überraschender war vielmehr die Sprachlosigkeit von Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt. Etwas mehr als die Ablehnung einer Maut für Autos hätte man durchaus von ihm erwarten können.

Der Tagesspiegel

## ARBEITSMARKT

Die Hoffnung auf  
Entspannung schwindet

Walter Riester balanciert  
auf einem gefährlichen Grat:

Der Arbeitsminister will es Unternehmern in Deutschland schwerer machen, Personal zeitlich befristet zu beschäftigen, und er plant den gesetzlich verbrieften Anspruch aller Arbeitnehmer auf einen Teilzeit-Job. Gelingt es ihm, seine Vorstellungen umzusetzen, dann wird die Bundesregierung ihrem gewerkschaftlichen Klientel zwar näher rücken, und auch sozialkonservative Politiker in der SPD-Bundestagsfraktion hätte Riester mit dem Bundeskanzler versöhnt.

Dass sich Gerhard Schröder bei seinem Arbeitsminister dafür bedanken wird, ist jedoch nicht wahrscheinlich. Denn mit Riesters Gesetzentwurf schwindet die Hoffnung, dass die Bundesregierung die Deregulierung des starren deutschen Arbeitsmarktes ernsthaft in Angriff nehmen will.

Wer den Niedergang der europäischen Währung beobachtet hat, ahnt, auf welche Weise die Anleger eine solche politische Weichenstellungen in Deutschland bewerten werden.

Der Tagesspiegel

# Aktion Öko-Steuer

## Bestellschein

IS-Versandzentrum  
Frau Raabe  
Postfach 1465

59320 Ennigerloh

Fax: 02524/911310

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

### Rechnungsanschrift

.....  
CDU-Verband  
.....  
Ansprechpartner  
.....  
Straße  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
Tel.-Nr.  
.....

### Versandanschrift (falls nicht identisch)

.....  
CDU-Verband  
.....  
Ansprechpartner  
.....  
Straße  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
Tel.-Nr.  
.....

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.  
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

**Ja,**

ich bestelle diesen Aufkleber:

**WEG MIT DIESER  
~~Ö~~K.O. STEUER**

V.i.S.o.P.: CDU BÜNDLINGSSTELLE, HA ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, KUNIGELHÖFERSTRASSE 8, 50785 BERLIN 75/0900, BAHN-Nr. 9884

Bestell-Nr.: 9684

Preis: 10,00 DM je 100 Aufkleber ..... Exemplare

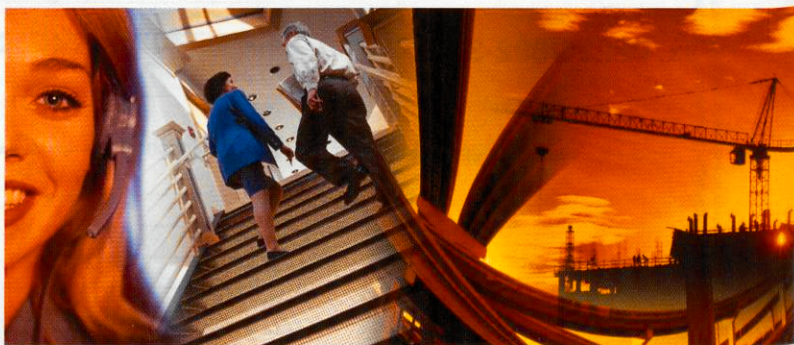
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

.....  
Datum

.....  
Unterschrift



Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post AG  
 Entgelt bezahlt.



## UND SIE BLÜHEN DOCH.

■ ■ ■ ■ 10 Jahre ein Deutschland

Das  
 Motiv

„UND SIE BLÜHEN DOCH.  
 10 Jahre ein Deutschland“

finden Sie im Infonet ([www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet))  
 und im CDUNet ([www.mitglied.de](http://www.mitglied.de))  
 zum Herunterladen (download).  
 Die Vorlage kann in Plakate  
 (DIN A3 und DIN A4),  
 Einladungen und Flugblätter  
 als Bildmotiv eingebaut werden.

**BESTELL-  
 ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum  
 Postfach 1465  
 59306 Ennigerloh  
 Telefax 02524/911310  
 e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)